

Kroatien

Sinisa Kusic

Kroatien ist seit dem 1. Juli 2013 das 28. Mitglied der Europäischen Union. Nach langjährigen Beitrittsverhandlungen ist es der jungen Republik an der Adria gelungen, dem Kreis der europäischen (Staaten-)Familie beizutreten. Damit konnte Kroatien – nach Ausrufung der staatlichen Unabhängigkeit 1991 und dem NATO-Beitritt 2009 – ein weiteres Ziel von strategischer Bedeutung erreichen. Der EU-Beitritt erfolgte allerdings mit weitaus weniger Euphorie, als sie noch zu Beginn der Beitrittsverhandlungen unter der kroatischen Bevölkerung festzustellen war. Stattdessen traten die Kroaten der EU mit einer entprechenden Dosis Realismus bei.

Gotovina wird freigesprochen

Der Freispruch von Ante Gotovina war für die Kroaten das Ereignis des Jahres 2012. Die kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markac wurden im April 2011 vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen angeblicher Kriegsverbrechen erstinstanzlich zu 24 bzw. 18 Jahren verurteilt. Im Fokus des Prozesses stand die Militäraktion „Oluja“ (Sturm) vom Sommer 1995, bei der kroatische Verbände unter Führung Gotovinas ein von Serben besetztes Gebiet befreiten. Kroatien beurteilte diese Operation stets als legitime Befreiungsaktion gegen serbische Aggressoren. Das erstinstanzliche Urteil wurde in Kroatien dementsprechend über alle Parteigrenzen hinweg als Skandal, als Kriminalisierung der Operation „Oluja“ selbst und als eine Verurteilung des ganzen Landes empfunden. Am 16. November 2012 wurde Gotovina in einem Revisionsverfahren von allen Anklagepunkten freigesprochen und nach über sieben Jahren Haft entlassen. Der Freispruch löste in Kroatien große Freude aus und sorgte auf verschiedenen öffentlichen Plätzen, wo die Urteilsverlesung live übertragen wurde, für spontanen Jubel. Präsident Ivo Josipovic selbst sprach von einem gerechten Urteil, das bestätige, dass man einen gerechten Verteidigungskrieg geführt habe.¹ Er erinnerte zugleich daran, dass die Generäle mehrere Jahre unschuldig im Gefängnis verbracht hätten und bedankte sich als Oberbefehlshaber der Heeres „für das Opfer, das sie gebracht haben.“²

Kroatien wird 28. EU-Mitglied

Nach langwierigen EU-Beitrittsverhandlungen gelang Kroatien 2013 der EU-Beitritt. Entsprechend feierlich wurde der 1. Juli 2013 in der Hauptstadt Zagreb mit einem bunten Programm aus Klassik, kroatischer Folklore und Rockmusik begangen. Einer der ersten Gratulanten war EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der unter dem Jubel des Publikums von einer „historischen Nacht“ sprach. Die Feierlichkeiten wurden ein wenig betrübt durch die kurzfristige Absage von Kanzlerin Merkel. Zwar war offiziell von Termenschwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Wahlkampf in Deutschland die Rede, nicht wenige Beobachter verbanden ihre Absage allerdings mit der Verstimmung um die Auslieferung des ehemaligen Geheimdienstchefs Josip Perkovic, der seit Jahren in Deutschland unter Mordanklage steht und in Kroatien nie strafrechtlich belangt wurde. Die kroatische Regierung hatte unmittelbar vor dem EU-Beitritt noch in einer Eilprozedur ein Gesetz ein-

1 „Kroatien feiert seine Kriegshelden“, in: Neue Züricher Zeitung, 16.11.2012.

2 „UN-Tribunal spricht Gotovina und Markac frei“, in: Die Presse.com, 16.11.2012.

gebracht, das den Wirkungsbereich des europäischen Haftbefehls einseitig auf Taten verkürzt, die vor August 2002 begangen worden sind. Damit glaubte man dem deutschen Auslieferungsgesuch nicht mehr nachkommen zu müssen. Die Medien sprachen bald von einer „Lex Perkovic“. Nach Druck aus Brüssel, insbesondere der unnachgiebigen EU-Justizkommissarin Viviane Reding, die zuletzt gar Sanktionen und das Einfrieren von EU-Fördergeldern angedroht hatte, lenkte Kroatien schließlich ein. Seitdem versucht Ministerpräsident Milanovic die irrationale Vorgehensweise seiner Regierung im Nachhinein zu rechtfertigen. Was bleibt ist ein politischer Schaden, sowie ein Verdacht, ausgesprochen von Mina Andreevna – der Sprecherin der Justizkommissarin – die einseitige Maßnahme Kroatiens sei auf den Wunsch zurückzuführen, „einige Leute zu beschützen, die im früheren kommunistischen Regime Verbrechen begangen haben könnten“.³

Wirtschaftliche Lage

Die Tatsache, dass seit dem Juli 2013 unter der Bevölkerung wenig von Beitrittseuphorie zu spüren ist, liegt nicht zuletzt an der angespannten wirtschaftlichen Lage des Landes, die sich nach 2012 – trotz anderslautender Prognosen – auch 2013 fortsetzt. Während 2012 das BIP um 2% schrumpfte, geht man für 2013 von einem Minus von 1% aus. Entsprechend negativ ist auch der Trend bei der Industrieproduktion, die im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 3,5% aufweist.⁴ Alarmierend ist dabei die Zunahme der Arbeitslosenzahl, die inzwischen auf über 350.000 gestiegen ist und knapp 20% beträgt. Bei den Jugendlichen liegt die Arbeitslosenzahl gar bei 40%. Erfolgreich konnte 2012 lediglich der Tourismus abschließen. Bei einem leichten Zuwachs in den Übernachtungszahlen und mit knapp 63 Millionen Übernachtungen konnte Kroatien ein Rekordergebnis seit der staatlichen Unabhängigkeit verbuchen. Laut Eurostat war der Tourismus mit etwa 15 Prozent am Bruttoinlandsprodukt beteiligt und hat damit für die kroatische Wirtschaft eine weitaus größere Bedeutung als der Fremdenverkehr für Spanien oder etwa Italien. Konnte die Regierung noch 2012 durch verschiedene Maßnahmen die Herabstufung der Bonität durch die Ratingagenturen vermeiden, wurde die Bonität Kroatiens Anfang 2013 auf Ramschniveau abgesenkt. Dennoch sehen die Analysten in Kroatien kein zweites Griechenland, da Kroatien – abgesehen davon, dass es nicht in der Eurozone ist – eine geringe Verschuldung und eine höhere Fiskaldisziplin aufweist. Um die angespannte Haushaltslage nicht weiter in Schieflage zu bringen, will man kurzfristig mit Hilfe der Privatisierung staatlicher Unternehmen frisches Geld in die Kassen spülen. Eine langfristige Strategie allerdings, wie man das Land in den kommenden Jahren aus der Rezession holen will, ist nicht in Sicht. Die Regierung unter Zoran Milanovic hat bislang keine Antworten auf drängende Probleme gefunden, etwa die geringe Wettbewerbsfähigkeit, ein ungünstiges Investitionsklima oder die drohende Abwanderung hochqualifizierter junger Kräfte. Stattdessen hat man weitere Steuererhöhungen angekündigt, wie die Anhebung der Mehrwertsteuer auf bestimmte Güter des täglichen Bedarfs. Die wichtigsten Gewerkschaften im Lande haben bereits für den Herbst weitreichende Streiks angekündigt. Problematisch und zugleich wenig vertrauenserweckend muss die Praxis der Mitte-Links-Koalition erscheinen, nach fast der Hälfte ihres Mandats, immer noch der Vorgängerregierung die Schuld für den derzeitigen Stand des Landes zuzuschreiben.

Weiterführende Literatur

Simsa Kusic: Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 63. Jahrgang, 17/2013, S. 8-15.

3 „Kroatien weist Drohung der EU-Kommission zurück“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. August 2013.

4 Drzavni zavod za statistiku, <http://www.dzs.hr/>.